

des Staats postulirt wird, die Uebernahme des Baues Seiten des Staats unbedingt folgen muß. Denn die Actionaire würden nicht verbindlich gemacht werden können, das Geld jetzt zu beschaffen, es würde also der Staat vermöge des Vertrages, den er mit der Krone Baiern abgeschlossen hat, genöthigt sein, das Capital aufzubringen und Vorschüsse zu leisten, wie er sie jetzt schon gemacht hat. Wir würden also, ehe der Proceß ausgeht, das ganze Geld auf unsere Kosten zu beschaffen haben. Nun scheint es in der That nicht wünschenswerth, daß wir unnützerweise unsere Staatscasse mehr mit Ausgaben belasten, als sie ohnehin zu übernehmen hat. Es tritt freilich der Fall ein, daß man sich über die nähern Details hier nicht aussprechen kann, ich also die hauptsächlichsten Gründe, die ich darzulegen im Stande wäre, gar nicht erwähnen kann. Mir scheint es, daß diejenigen, denen es gleich ist, was der Staat zahlen muß, jedenfalls den Actionairen die Bedingungen, die von der Deputation als annehmbar empfohlen werden, verweigern müssen; aber ich für meinen Theil habe mich schon gestern darüber ausgesprochen, ich werde mich nicht dafür erklären, auf Staatskosten die Bahn zu übernehmen. Wir haben einmal dieses System nicht angenommen, wir haben alle Bahnen nur theilweise gebaut, wir bedürfen noch bedeutende Capitalien, um die übrigen Bahnen auszuführen, so daß ich mich entschieden dagegen erklären mußte, den Plan der Regierung und das, was die Deputation vorgeschlagen hat, jetzt nicht anzunehmen, weil ich für den Staat darin eine Verletzung seiner Interessen erkenne.

Abg. Brochhaus: Ich werde mich über die Eisenbahn und das von der Regierung in dieser Beziehung befolgte System, wenn man das Verfahren der Regierung noch ein System nennen will, im Allgemeinen nicht aussprechen; aber die Ansicht muß ich äußern, daß bei der bairischen Eisenbahn in einer Weise gehandelt worden, wie sie in Sachsen sonst nicht gewöhnlich ist, und daß man mit Millionen spielt, als wenn es eben nicht Millionen wären. Ich sehe ein, daß wir nicht mehr zurück können, daß die Verhältnisse im Wesentlichen nicht zu ändern sind, und ich betrachte daher diese Angelegenheit so, wie sie jetzt liegt, obwohl ich den Stand der Sache beklage. Als ich im vorigen Jahre von den Vorschlägen der Regierung den Actionairen gegenüber hörte, habe ich mich gefragt, ob ich als Mitglied der Kammer meine Zustimmung dazu geben können, und ich muß gestehen, daß ich in dieser Hinsicht sehr zweifelhaft war. Diese Zweifel sind auch nicht beseitigt worden durch das, was die Staatsregierung in dem Decrete und die Deputation in ihrem Berichte gesagt hat. Darüber bin ich aber nie im Zweifel gewesen, daß für die Actionaire das, was die Regierung vorschlug, das Beste war, was sie erwarten konnten, und ich muß es als unbegreiflich von der damaligen Generalversammlung zu Leipzig erklären, daß sie diese Bedingungen, die auch von dem Directorium und dem Ausschusse empfohlen worden waren, nicht angenommen hat. Gewiß stände, wenn dies der Fall gewesen wäre, der Cours der Actien günstiger, als jetzt, und denjenigen Actionairen, welche damals so großen Werth darauf legten, daß die Bahn nicht schon nach 15 Jahren an den Staat übergehen könnte, blieb es ja stets freige-

stellt, ihre Actien zu verkaufen, und sich nicht mehr bei dem Unternehmen zu betheiligen. Ich erkenne an, daß der Staat, wie der Stand der Sache einmal ist, Unterstützung gewähren muß, wenn das für ganz Sachsen wichtige Unternehmen nicht in Verfall gerathen soll, und ich werde daher im Allgemeinen, wenn auch ungern, dem zustimmen, was die Deputation uns vorschlägt. Mit dem siebenten Punkte kann ich mich aber nicht einverstanden erklären, und muß dagegen stimmen. Die Gründe, welche gegen die Bewilligung sprechen, sind so gut in dem Decrete und dem Berichte entwickelt worden, daß ich nicht nöthig habe, noch viel darüber zu sagen, und ich begreife in der That nicht, wie die Deputation dazu gekommen ist, uns anzurathen, auch zu dem siebenten Punkte die Zustimmung zu geben. Ich hoffe auch, daß die Mehrheit der Kammer sich gegen die Bewilligung des siebenten Punktes erklärt. Ich sehe zwar ein, daß dann einige Verzögerung herbeigeführt wird, und eine Generalversammlung einberufen werden muß; indessen, spricht die Kammer gegen diesen Punkt sich aus, so bin ich nicht ungewiß darüber, daß die Generalversammlung mit großer Majorität sich überall einverstanden erklären wird. Indem wir das Recht aufgeben, schon nach 15 Jahren in den Besitz der Bahn uns setzen zu können, geben wir möglicherweise viel auf, und ich finde keinen ausreichenden Grund, auf etwas zu verzichten, weil zufällig eine Generalversammlung sich nicht dazu hat entschließen können. Ich bitte die geehrte Kammer, in diesem Punkte der Deputation nicht beizustimmen, und darauf zu beharren, daß der Staat schon nach 15 Jahren das Recht erlange, die bairische Eisenbahn an sich zu bringen.

Staatsminister v. Falkenstein: Ich glaube, daß der Gesichtspunkt, der von mehreren der geehrten Sprecher, die das Wort hatten, hervorgehoben worden ist, um ihn mit kurzen Worten auszudrücken, der moralisch-politische Gesichtspunkt, derjenige ist, von welchem aus diese ganze Angelegenheit behandelt werden muß, und von dem aus auch die Regierung die ganze Angelegenheit behandelt hat. Ich gehe auch, so wenig ich den Scharfsinn verkennen will, der theilweise wenigstens in den Gründen enthalten ist, die von dem Abgeordneten D. Schaffrath dem Deputationsberichte entgegengestellt worden sind, doch nicht näher darauf ein, diese zu widerlegen, zumal das, was die Regierung darüber denkt, sehr ausführlich in der Unterlage enthalten ist, welche der Kammer vorliegt, und das, was die Deputation sich für ein Bild gemacht hat, eben so gründlich und umfassend in dem so vorzüglich ausgearbeiteten Deputationsberichte ausgesprochen worden ist. Aber ich kann nicht umhin, die geehrte Kammer auf die Wichtigkeit des Unternehmens in aller und jeder Beziehung aufmerksam zu machen, und ich freue mich, daß von vielen Seiten in der Kammer diese Wichtigkeit nicht bloß in Bezug auf die Rentabilität, sondern für unser gesamtes Nationalwohl gerade bei dieser Bahn hervorgehoben worden ist. Wenn aber insonderheit von einigen der geehrten Sprecher und zuletzt auch von dem Herrn Referenten der Gesichtspunkt hervorgehoben worden ist, als handle es sich hier von einer Billigkeit, die den Actionairen durch günstige Beschlüsse zu Theil werden sollte, so kann ich dieser Ansicht allerdings nicht